

Im Schatten von Mathe, Deutsch und Englisch

Der Informatikunterricht ist in Niedersachsen allenfalls zweitrangig – Schulen betreiben „Kannibalismuswartung“ an Computern

Von Andre Dolle

Wie der (vor-) letzte Mohikaner mag sich Klaus Fraedrich vorkommen. Er unterrichtet als einer von zwei verbliebenen Lehrern Informatik am Christian-von-Dohm-Gymnasium in Goslar. „Als ich vor zwölf Jahren nach Goslar gekommen bin, da waren wir noch vier Informatik-Lehrer. Und in einem Jahr gehe auch ich in Pension“, sagt der Lehrer.

Ähnlich dünn sieht die Personaldecke an der Fritz-Reuter-Realschule in Gifhorn aus. „Wir haben zwar immerhin zwei Informatiklehrer, aber einer ist für längere Zeit krank“, erklärt Schulsprecherin Lisa Hobe. Ein Informatiklehrer für mehrere Hundert Schüler also.

Wie bei Fraedrich sehen die meisten Informatik-Lehrer-Karrieren aus: Er hat Mathematik und Physik studiert und in den 80er Jahren eine Zusatzausbildung in Informatik absolviert. Wie Fraedrich verlassen die meisten dieser Lehrer Niedersachsens Schulen in den kommenden Jahren. Nachwuchs ist kaum in Sicht. Wie auch? Die Universität Oldenburg ist derzeit die einzige Universität in Niedersachsen, an der Informatik für den Lehrerberuf ordentlich studiert werden kann.

Das Kultusministerium in Hannover ficht das offenbar nicht an. Es verweist stolz auf die „589 Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für den Informatikunterricht“. Wohl gemerkt sind unter dieser Zahl eben auch all die Lehrer, die eine Zusatzausbildung abgeschlossen haben, und bald den Schuldienst aus Altersgründen verlassen werden.

Zum Vergleich: In Sachsen haben seit 1992 insgesamt 600 Lehrer die Universitäten mit der 1. Staatsprüfung in Informatik für den Schuldienst verlassen. Von solchen Ver-



Der Informatikunterricht ist an niedersächsischen Schulen laut einer Studie der TU Dresden besonders schlecht. Das Bild zeigt den Wahlpflichtkurs Informatik an der Haupt- und Realschule Lehre. Es entstand bereits im vergangenen Jahr. Archivfoto: regios24/Mottl

hältnissen können Schulen in Niedersachsen nur träumen.

Die Realität sieht bei uns so aus: „14 Informatik-Schulstunden geben mein Kollege und ich für alle Jahrgänge der Oberstufe. In der Unterstufe sind es sogar weniger“, sagt Fraedrich aus Goslar.

In die Tiefe gehen kann er so natürlich nicht. „Was wir im Informatik-Unterricht in der Oberstufe machen, machen Schüler in Bayern bereits in der 9. oder 10. Klasse.“

Der Wissenschaft sind diese Missstände längst bekannt. In einem Memorandum an den ehemaligen nie-

dersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) stellten die Verfasser im Oktober 2008 vier zentrale Forderungen auf:

- › Informatik als Pflichtfach für alle Schüler,
- › ein moderner Lehrplan,
- › mehr Studienplätze für das Lehramt Informatik,
- › weitere Angebote zur Lehrerweiterbildung.

In Wulffs Antwortbrief, der unserer Zeitung vorliegt, heißt es unumwunden: „An vielen Schulen stehen derzeit nicht ausreichend Fachlehrkräfte (für Informatik) zur Verfü-

gung.“ Einen einheitlichen Lehrplan wird es so schnell nicht geben, denn: „Die Pflichtfächer sind vorrangig zu behandeln. Informatik wird daher zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen“, schreibt Wulff. Inzwischen sind zweieinhalb Jahre ins Land gegangen. Getan hat sich auch unter Wulffs Nachfolger David McAllister (CDU) bisher nichts.

Professor Steffen Friedrich von der TU Dresden ist eine Art Vorkämpfer für die Informatik. Er ist Sprecher des Fachausschusses Informatische Bildung in Schulen der Gesellschaft für Informatik. Dass die

Informatik an Schulen zweitrangig behandelt wird, kann er nicht verstehen. „Das Fach ist für die Wirtschaft genau so wichtig wie eine Fremdsprache. Das muss endlich in die Köpfe der Politiker rein.“

Bis dahin müssen Schulen nicht nur mit wenig Informatiklehrern, sondern auch mit schlechter Ausstattung in den Räumen auskommen. Klaus Fraedrich aus Goslar: „Wir betreiben an unserem Gymnasium Kannibalismuswartung und müssen unsere Computer aus-schlachten, um wenigstens ein paar brauchbare zu haben.“

Frauen wollen mit Kopftuch ins Parlament

Türkische Bewerberinnen beharren auf dem Schleier

Von unserer Korrespondentin
Susanne Güsten, Istanbul

Fatma Bostan Ünsal ist nur eine von mehreren tausend Politikerinnen in spe, die bei der türkischen Parlamentswahl im Juni einen Sitz in der Volksvertretung erringen wollen. Und doch fällt sie auf. Denn Ünsal trägt das islamische Kopftuch, und sie hat nicht die Absicht, es im Plenum von Ankara abzulegen, falls sie gewählt wird.

Das Kopftuch könnte nach der Wahl am 12. Juni tatsächlich Einzug ins Parlament der Republik halten, die zwischen Staat und Religion strikt trennt. Denn es gibt kein klares Kopftuchverbot, nur ungeschriebene Gesetze. Das gesellschaftliche Klima hat sich aber so stark gewandelt, dass kein ernsthafter Widerstand gegen den islamischen Schleier im Parlament zu erwarten ist.

Das war nicht immer so. Als die frischgebackene Abgeordnete Merve Kavakci nach der Wahl von 1999 mit Kopftuch zur Vereidigung im Parlament erschien, gab es lautstarke Proteste säkularistischer Abgeordneter. Der Tumult zwang Kavakci schließlich, das Plenum unverrichteter Dinge wieder zu verlassen. Kurz darauf entzog der Staat ihr das Abgeordnetenmandat – und ihre türkische Staatsbürgerschaft gleich mit.

Den alten Eliten wird der Platz streitig gemacht

Auch heute noch sehen hartgesottene Säkularisten das Kopftuch als Symbol des politischen Islam, das aus öffentlichen Institutionen herausgehalten werden müsse. Doch sie können sich kaum noch durchsetzen. Seit 1999 hat die früher bestimmende säkularistische Elite viel von ihrer Macht eingebüßt. Unter der Regierung von Ministerpräsident

Recep Tayyip Erdogan hat das Land den Aufstieg einer neuen, religiöskonservativen Führungsschicht erlebt, die den alten Eliten den Platz streitig macht. Das gesellschaftliche Klima hat sich so nachhaltig verändert, dass Kandidaten wie Ünsal darauf hoffen dürfen, bei einem Wahlerfolg ihr Mandat auch mit Kopftuch behalten zu können.

Regierungschef Erdogan hat noch nicht entschieden

„Es ist ein grundlegendes Menschenrecht, sich um einen Parlamentssitz zu bewerben“, sagte Ünsal unserer Zeitung. Ünsal ist immerhin Gründungsmitglied von Erdogans AKP, doch der Premier und Parteichef hat noch nicht entschieden, ob er der Politikwissenschaftlerin einen Listenplatz gibt.

Erdogan erinnert sich nur zu gut daran, dass das säkularistisch geprägte Verfassungsgericht erst vor drei Jahren seine Regierungspartei fast verboten hätte – unter anderem wegen eines Vorstoßes zur Aufhebung des Kopftuchverbotes an den Universitäten.

Doch seitdem hat sich viel getan. Der Kopftuchbann an den Unis wurde im vergangenen Jahr fast lautlos per Verwaltungsentscheidung beerdigt. Ein Aufstand der Säkularisten blieb aus. Denn selbst die Säkularistenpartei CHP hat eingesehen, dass sie sich mit einem Nein zum Kopftuch isoliert.

Überhaupt ist die türkische Gesellschaft gelassener geworden, was das Kopftuch angeht. Für Ünsal sind diese Veränderungen ein Zeichen dafür, dass die zu 99 Prozent muslimische Türkei zu sich selbst findet. Neben ihr wollen noch mehr als 20 andere Kopftuchfrauen für die AKP ins Parlament. „Künftig wird das Kopftuch normal sein“, sagte Ünsal.

Anzeige

Die ziehen mich an ...

Hosen von Michèle!

Donnerstag, 31.03.11,
bei uns in BS-Stöckheim

Modenschauen

Sa. 02.04. – 14 Uhr
Do. 07.04. – 18 Uhr
Sa. 09.04. – 14 Uhr
Sa. 16.04. – 14 Uhr
Sa. 30.04. – 14 Uhr

Bitte melden Sie sich an
unter 0531 / 260 270

Wir freuen uns
auf Ihren Besuch

Unsere Öffnungszeiten

Mo.–Fr. 9 – 18 Uhr
Sa. 9 – 16 Uhr

Buslinie 431
hält direkt
vor unserer Tür



MATTHIESEN
Markenmode für Sie & Ihn

BS-Stöckheim, Mascheroder Weg 3, Telefon (05 31) 260 270